

N i e d e r s c h r i f t

**der 9. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
29.04.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 17:15 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frank Sängler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:15 Uhr
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:50 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Ulrike Wünschler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Stan Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ab 14:10 Uhr
Fabian Borggreffe	SPD-Fraktion	
Dr. Karamba Diaby	SPD-Fraktion	
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	ab 14:50 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Bernward Rothe	SPD-Fraktion	ab 14:15 Uhr
Kay Senius	SPD-Fraktion	
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion	
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:15 Uhr
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dietmar Weihrich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:05 Uhr
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Helmut-Ernst Kaßner	Stadtrat	
Markus Klätte	Stadtrat	
Gisela Wagner	Stadträtin	
Gerhard Pitsch	Stadtrat	

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Tobias Kogge
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Anja Schneider

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordnete
Beigeordneter
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Andreas Schachtschneider
Dr. Rüdiger Fikentscher

CDU/FDP-Stadtratsfraktion
SPD-Fraktion

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 9. öffentlichen Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Herr Rodney Thomas zum Breitbandausbau

Herr Thomas kritisierte das in der Stadt Halle vorhandene Breitbandnetz. Es sei zu langsam, zu teuer und zu stör anfällig. Seiner Ansicht nach könne die EVH, als Firma mit städtischer Beteiligung, ein eigenes Breitbandnetz bereitstellen.

Er fragte an, ob der Stadt eine Netzkarte zum aktuellen Netzplan zum Breitbandkabel vorliege und ob diese Karte die Kapazität und Art der Kabel sowie der Anbieter anzeige.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass sich die Stadt Halle an der Landeskonzeption Breitband beteilige. Die in Planung befindliche Machbarkeitsstudie sei Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft. Er lud Herrn Thomas zu dieser Ausschusssitzung ein.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die 9. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 49 Mitglieder des Stadtrates (85,96 %) anwesend.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, verpflichtete Frau Dr. Regina Schöps, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, als Nachfolgerin der verstorbenen Stadträtin, Frau Sabine Wolff, auf der Grundlage des § 53 (2) KVG LSA.

Gleichzeitig wies er sie gemäß § 30 (3) KVG LSA Pflichtbelehren auf die nach §§ 32 und 33 obliegenden Pflichten hin.

Herr Lange bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

6.8 **Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ - Aufstellungsbeschluss**
Vorlage: VI/2014/00245

Von der Verwaltung um einen Monat vertagt.

- 6.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Leitbild Riebeckplatz (VI/2014/00187)
Vorlage: VI/2014/00509

Wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

- 7.2 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen
Vorlage: VI/2015/00610

Wurde in den Fachausschüssen vertagt.

Herr Lange informierte darüber, dass mehrere Dringlichkeitsvorlagen auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen.

Es lagen keine Wortmeldungen dazu vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung:

- Zustimmung zur Annahme von einer Sachspende
Vorlage: VI/2015/00828

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage: VI/2015/00828

mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem **TOP 6.21** behandelt.

- Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Neubesetzungen in beratenden Ausschüssen
Vorlage: VI/2015/00835

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage: VI/2015/00835

mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem **TOP 8.7** behandelt.

- Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: VI/2015/00836

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage: VI/2015/00836

mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem **TOP 8.8** behandelt.

- Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Neubesetzung eines sachkundigen Einwohners
Vorlage: VI/2015/00837

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage: VI/2015/00837

mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem **TOP 8.9** behandelt.

Herr Lange informierte über nachfolgende Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung:

6.2 Umsetzung Notfallsanitätäergesetz

Vorlage: VI/2015/00664

Hierzu liegen Änderungen in der Begründung vor.

6.10 Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss

Vorlage: VI/2014/00485

Hierzu liegen Änderungen im Beschlussvorschlag vor.

6.10.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage

"Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss" (Vorlage VI/2014/00485)

Vorlage: VI/2015/00809

Durch die Verwaltung wurde der geänderte Änderungsantrag übernommen und deshalb von der Fraktion für erledigt erklärt.

6.11 Freiraum- und Wegekonzept - Grundsatzbeschluss

Vorlage: VI/2014/00486

Hierzu liegen noch drei Austauschblätter zum Konzept vor.

6.12 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Neustadt 2025

Vorlage: VI/2015/00557

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI unter 6.12.1 vor.

6.17 Aufgabenübertragung des Abwasserzweckverbands Elster-Kabelsketal auf die Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2015/00653

Hierzu liegt eine Ergänzung im Beschlussvorschlag vor.

6.18 Aufstellung eines Gedenksteines nahe der ehemaligen Poliklinik Mitte

Vorlage: VI/2015/00569

Hierzu wurde der Beschlussvorschlag seitens der Verwaltung geändert.

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI unter vor, unter TOP

6.18.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur

Vorlage "Aufstellung eines Gedenksteines nahe der ehemaligen Poliklinik Mitte"

(Vorlagen-Nr.: VI/2015/00569)

Vorlage: VI/2015/00838

- 8.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erarbeitung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00790

Hierzu liegt eine neue Stellungnahme der Verwaltung vor.

- 7.1 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung des „1. Hochwassertages“
Vorlage: VI/2015/00612

Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.

- 10.4 Quartalsbericht I/2015 - Aufbau des FB 24 Immobilien
Vorlage: VI/2015/00827

Die Mitteilung wurde noch entsprechend verteilt.

In Bezug auf den Tagesordnungspunkt

- 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Rahmenplans für das Gebiet am Steg

Vorlage: VI/2015/00603

teilte **Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, mit, dass sich der Planungsausschuss auf Vorschlag von Herrn Beigeordneten Stäglin einstimmig dafür entschieden habe, die Vorlage noch im Ausschuss für Stadtentwicklung zu besprechen. Er bat deshalb um Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Herr Lange wies darauf hin, dass nach der Geschäftsordnung eine Verweisung erst nach Aufruf der Vorlage laut Tagesordnung vorgenommen werden kann.

Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, erklärte seinen Antrag

- 7.3 Antrag des Stadtrates André Cierpinski (CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur fortlaufenden Berichterstattung über Fortgang und Entwicklung aller Verbindlichkeiten der Stadt Halle (Saale) – Schuldenbericht

Vorlage: VI/2015/00527

für erledigt, da der Schuldenbericht in der letzten Finanzausschusssitzung durch die Verwaltung vorgelegt wurde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, fragte an, ob die Verwaltung den Tagesordnungspunkt

- 6.18 Aufstellung eines Gedenksteines nahe der ehemaligen Poliklinik Mitte

Vorlage: VI/2015/00569

vertagt, da die Änderung in der Vorlage noch in keinem Ausschuss besprochen wurde.

Durch **Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, wurde mitgeteilt, dass der jetzt vorliegende Text im Kulturausschuss so nicht beschlossen wurde, sondern die Verwaltung den Auftrag erhielt, den letzten Satz zu streichen. Dies sei zwar noch nicht erfolgt, die Vorlage könne aber trotzdem beschlossen werden.

Bezüglich der Diskussion im Kulturausschuss äußerte sich **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, dahingehend, dass die Verwaltung beauftragt war, die Streichung des letzten Satzes zu prüfen, was von den Initiatoren abgelehnt wurde.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, empfahl eine weitere Diskussion zu diesem Thema nach Aufrufen des Tagesordnungspunktes.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 25. März 2015
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 25.03.2015 gefassten Beschlüsse
Vorlage: VI/2015/00783
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
- 6.1 Wahl des Kreisjägermeisters und der Mitglieder des Jagdbeirates der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00665
- 6.2 Umsetzung Notfallsanitätäergesetz
Vorlage: VI/2015/00664
- 6.3 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: VI/2014/00491
- 6.4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2014/00033
- 6.5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00492
- 6.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2014/00493

- 6.6.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2014/00493)
Vorlage: VI/2015/00812
- 6.7 Leitbild Riebeckplatz
Vorlage: VI/2014/00187
- 6.7.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Leitbild Riebeckplatz (VI/2014/00187)*
Vorlage: VI/2014/00509 *abgesetzt*
- 6.8 *Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ - Aufstellungsbeschluss*
Vorlage: VI/2014/00245 *vertagt*
- 6.9 Änderung der "Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusgIS)"
Vorlage: VI/2014/00388
- 6.10 Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss
Vorlage: VI/2014/00485
- 6.10.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss" (Vorlage VI/2014/00485)*
Vorlage: VI/2015/00809 *abgesetzt*
- 6.11 Freiraum- und Wegekonzept - Grundsatzbeschluss
Vorlage: VI/2014/00486
- 6.12 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Neustadt 2025
Vorlage: VI/2015/00557
- 6.12.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" Neustadt 20125 (Vorlagen-Nr.: VI/2015/00557)
Vorlage: VI/2015/00843
- 6.13 Bürgerhaushalt Vorschlag B-133 Straßenbeleuchtung
Vorlage: VI/2015/00568
- 6.14 Bürgerhaushalt Vorschlag B-31 Ampelregelung "Grünphase"
Vorlage: VI/2015/00571
- 6.15 Einziehung der Willi-Bredel-Straße
Vorlage: VI/2015/00577
- 6.16 Einziehung einer Teilstrecke der Erich-Weinert-Straße und der selbständigen Parkplätze Erich-Weinert-Straße
Vorlage: VI/2015/00591
- 6.17 Aufgabenübertragung des Abwasserzweckverbands Elster-Kabelsketal auf die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00653

- 6.18 Aufstellung eines Gedenksteines nahe der ehemaligen Poliklinik Mitte
Vorlage: VI/2015/00569
- 6.18.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur
Vorlage "Aufstellung eines Gedenksteines nahe der ehemaligen Poliklinik Mitte"
(Vorlagen-Nr.: VI/2015/00569
Vorlage: VI/2015/00838
- 6.19 Sechste Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschlusses zur
Brandschutzgrundsicherung an Schulen (V/2012/10587)
Vorlage: VI/2015/00624
- 6.20 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und
Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2015
bis 31.12.2015
Vorlage: VI/2014/00301
- 6.21 Zustimmung zur Annahme von einer Sachspende
Vorlage: VI/2015/00828
7. Wiedervorlage
- 7.1 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung des „1.
Hochwassertages“
Vorlage: VI/2015/00612
- 7.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Halle (Saale) zur Durchführung des „1. Hochwasser-tages“ (VI/2015/00612)
Vorlage: VI/2015/00657
- 7.2 *gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP -
Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum
Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen*
Vorlage: VI/2015/00610 *vertagt*
- 7.3 *Antrag des Stadtrates André Cierpinski (CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur
fortlaufenden Berichterstattung über Fortgang und Entwicklung aller Verbindlichkeiten der
Stadt Halle (Saale) – Schuldenbericht*
Vorlage: VI/2015/00527 *abgesetzt*
- 7.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung einer öffentlichen Toilette
am Wasserspielplatz in Heide-Süd
Vorlage: VI/2015/00526
- 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Rahmenplans für
das Gebiet am Steg
Vorlage: VI/2015/00603
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erarbeitung eines regionalen
Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00790

- 8.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ergänzung des Berichtes zur Suchtkrankenhilfe... (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00175)
Vorlage: VI/2015/00792
- 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung der Einführung einer Krankenversichertenkarte für Asylsuchende
Vorlage: VI/2015/00785
- 8.4 Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Schulbesuch von Geschwisterkindern aus dem Saalekreis
Vorlage: VI/2015/00762
- 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle
Vorlage: VI/2015/00801
- 8.6 Antrag der Stadträtin Gisela Wagner zu Militärtransporten durch Halle (Saale) und militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle
Vorlage: VI/2015/00796
- 8.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Neubesetzungen in beratenden Ausschüssen
Vorlage: VI/2015/00835
- 8.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: VI/2015/00836
- 8.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Neubesetzung eines sachkundigen Einwohners
Vorlage: VI/2015/00837
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Selbsterzeugern im Rahmen der Marktsatzung
Vorlage: VI/2015/00799
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Rechtsabbiegespur am Riebeckplatz
Vorlage: VI/2015/00776
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu Unterhaltungsmaßnahmen an städtischen Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2015/00778
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Eberhard Doege (CDU/FDP-Fraktion) betreffend den B-Plan 32.10 in Heide-Süd
Vorlage: VI/2015/00782
- 9.5 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens
Vorlage: VI/2015/00802

- 9.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu Kosten bei der Erstellung von Bebauungsplänen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00693
- 9.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Erhebung und Einziehung von Straßenausbaubeiträgen
Vorlage: VI/2015/00766
- 9.8 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung einer zentralen Impfstelle für AsylbewerberInnen
Vorlage: VI/2015/00787
- 9.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Wohnraum für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00797
- 9.10 Anfrage des Stadtrates Marcel Kieslich (DIE LINKE/Die PARTEI) zur Präsenz der Bundeswehr in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00678
- 9.11 Anfrage des Stadtrates Dr. Karamba Diaby (SPD-Fraktion) zum Reformationsjubiläum 2017
Vorlage: VI/2015/00804
- 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Speiseräumen in Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00608
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von Maßnahmen zur Optimierung der Mobilitätskosten der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2015/00703
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Baugenehmigung für den Golfplatz am Hufeisensee
Vorlage: VI/2015/00788
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Qualitätsstandards bei der Essensversorgung in kommunalen Schulen
Vorlage: VI/2015/00794
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Erarbeitung einer Grünflächenpflegekonzeption
Vorlage: VI/2015/00795
- 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur Verwertung von Holz infolge von Baumfällungen
Vorlage: VI/2015/00798
- 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen der Stadtverwaltung zur Erlaubnispflicht für HundetrainerInnen
Vorlage: VI/2015/00800

- 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im Rahmen der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“
Vorlage: VI/2015/00696
- 9.20 Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Verlagerung der Zuständigkeit für das Jobcenter in den GB IV
Vorlage: VI/2015/00791
- 9.21 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Sporthalle Burgstraße
Vorlage: VI/2015/00773
- 9.22 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Straßen mit zeitweiligen Halteverböten zur Straßenreinigung
Vorlage: VI/2015/00774
- 9.23 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu Marketingstrategien im Zusammenhang mit der neuen Jugendherberge
Vorlage: VI/2015/00779
- 9.24 Anfrage der Stadträtin Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle) zu Straßenbäumen rund um den Rathenauplatz im öffentlichen Raum.
Vorlage: VI/2015/00793
- 10. Mitteilungen
- 10.1 Jahresrechnung 2013 der Stiftung Händel-Haus
Vorlage: VI/2015/00742
- 10.2 Investitionen nach dem Hochwasser 2013 - Stand Beantragungen und Bewilligungen gemäß Maßnahmeplan
Vorlage: VI/2015/00770
- 10.3 Schuldenbericht 2012 - 2013
Vorlage: VI/2015/00748
- 10.4 Quartalsbericht I/2015 - Aufbau des FB 24 Immobilien
Vorlage: VI/2015/00827
- 11. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12. Anregungen
- 13. Anträge auf Akteneinsicht
- 13.1 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Abriss des Planetariums auf der Peißnitz
- 13.2 Antrag auf Akteneinsicht der SPD-Stadtratsfraktion zu Korrespondenzen zur Definition von Schutzziele am Gimritzer Damm

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 25. März 2015**

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 8. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.03.2015.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

zu 4.1 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 25.03.2015 gefassten Beschlüsse** **Vorlage: VI/2015/00783**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass die in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 25.03.2015 gefassten Beschlüsse im Foyer des Stadthauses ausgehängen wurden und damit bekannt gegeben sind. Ebenso seien diese im Amtsblatt veröffentlicht.

zu 5 **Bericht des Oberbürgermeisters**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass die konstituierende Sitzung der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland am 27.04.2015 stattfand. Mittlerweile seien darin 50 Unternehmen, sieben Städte, fünf Landkreise, drei Hochschulen und drei Kammern vertreten.

Die Metropolregion ist paritätisch besetzt mit Mitgliedern von Gebietskörperschaften und mit Mitgliedern aus der Wirtschaft.

In der konstituierenden Sitzung wurden der Vorstand mit acht Mitgliedern und der Aufsichtsrat gewählt, welcher die Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH beaufsichtigt.

Als 1. Vorsitzender des Vorstandes wurde Herr Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, und als 2. Vorsitzender Herr Kroll, Total Raffinerie Mitteldeutschland GmbH, gewählt.

Als weitere Mitglieder des Vorstandes wurden als Vertreter der öffentlichen Hand gewählt: Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand; Frau Sojka, Landkreis Altenburger Land; und Herr Landrat Bannert, Saalekreis.

In einem zweiten Schritt wurden die Arbeitskreise:

1. Wirtschaft und Standortentwicklung,
2. Wissenschaft und Forschung,
3. Demographie und Ausbildung,
4. Kultur und Tourismus,
5. Verkehr und Mobilität und
6. Strategie und Kommunikation

besetzt.

Für diese Arbeitskreise ist geplant, dass jeweils ein Mitglied der Wirtschaft und ein Hauptverwaltungsbeamter den Vorsitz übernehmen. Die Stadt Halle ist im Arbeitskreis Wirtschaft und Standortentwicklung vertreten. Diesem Arbeitskreis stehen Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand und Herr Papenburg, GP Günter Papenburg AG, vor.

Zum Zoologischen Garten Halle informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass ab dem 01.05.2015 Herr Denis Müller neuer Zoodirektor wird. Am 28.04.2015 wurde er der Belegschaft vorgestellt.

Bezüglich des Ideenwettbewerbes werden die Vorschläge dem Aufsichtsrat und dem neuen Zoodirektor vorgestellt und bewertet. Anfang September solle durch die Verwaltung die Vorstellung des Zookonzeptes im Aufsichtsrat erfolgen. Danach könne in die weiteren Beratungen eingestiegen werden.

Weiterhin berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die Diskussion zum Wirtschaftskonzept innerhalb eines Workshops. Darin wurde auch noch einmal die Position des Stadtmarketing diskutiert.

Am 18.04.2015 fand ein Workshop statt, in welchem viele Anregungen zum Wirtschaftskonzept eingingen. Der Entwurf des Konzeptes wird derzeit erstellt und im September bzw. Oktober 2015 in den Stadtrat eingebracht.

Weiterhin teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass im Hinblick auf den Flächennutzungsplan Überlegungen zu den Gewerbeflächen innerhalb der Stadt in das Wirtschaftskonzept einfließen werden.

Zum STAR-Park teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass Ebay Enterprise mit dem Bauvorhaben fast fertig sei. Die Einweihung soll in den nächsten Monaten stattfinden.

Die angeworbenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen zum Teil aus dem Umland. Auch viele Menschen aus der Stadt Halle würden die angebotenen Möglichkeiten des Unternehmens nutzen.

In Bezug auf die Entwicklung des Riebeckplatzes informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über das Vorlegen einer Analyse zu den Verwaltungsstandorten in der Stadtratssitzung im Mai 2015.

In dem Leitbild zum Riebeckplatz sehe die Verwaltung eine Möglichkeit, mit einem neuen Verwaltungsstandort den Riebeckplatz zu beleben und damit das Eingangstor der Stadt weiter aufzuwerten.

Zu den Investitionen der Bahn erklärte er, dass am Bahnknoten in der Stadt Halle morgen eine Werkstatanlage in Betrieb genommen werden soll. Dabei handelt es sich um die erste fertiggestellte Investition der Bahn.

Des Weiteren berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bezüglich der Diskussion zum Flächenmanagement darüber, dass sich Herr Beigeordneter Stäglin in Gesprächen mit der Bahn befinde: Im Gewerbegebiet Ost sei ein starkes Potential sichtbar, diese Gewerbeflächen für die Stadt weiter zu entwickeln.

Das Richtfest des neuen Finanzamtes sei für den Monat Mai avisiert. Der Bau befindet sich weiter im Plan.

Auch bei den Umbauarbeiten am Steintor befänden sich die Bautätigkeiten im Soll.

Zum Gimritzer Damm liegt die Beschwerde des Landesverwaltungsamtes beim Oberverwaltungsgericht in Magdeburg vor. Die Entscheidung dazu steht noch aus. Die Verwaltung geht davon aus, dass diese spätestens im Mai 2015 fallen wird.

Bezüglich des Stadtmarketing (SMG) gab es einen Stadtratsbeschluss vom 17.12.2014 zur Einrichtung eines Beirates.

In diesem Zusammenhang wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hin, dass laut dem Gesellschaftervertrag die Formulierung vorliege: „Die Gesellschafterversammlung kann die Einrichtung eines Beirates beschließen.“

Dies wurde von der Gesellschafterversammlung ebenso wie die Anwendung des Kodex am 27.03.2015 abgelehnt, da die erforderliche Mehrheit von 70 % nicht erreicht wurde.

In gleicher Sitzung wurde der Wirtschaftsplan 2015 der SMG beschlossen und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** kündigte an, im Mai 2015 den Antrag im Stadtrat zu stellen, dass der Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung beauftragt wird darauf hinzuwirken, dass ein Tourismuskonzept erstellt wird.

Zum Heimfall Erbbaurechtsvertrag liegen die Beschlussfassungen und die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes vom 10.02.2015 vor. Die Genehmigung des kreditähnlichen Rechtsgeschäftes werde ausnahmsweise erteilt und bedarf zur Wirksamkeit einer Fördermittelzusage von Seiten der IB-Bank. Diese liege aber noch nicht vor.

Im Hinblick auf die Schuldübernahme wurde aus Gründen der Rechtssicherheit geraten, eine Genehmigung der EU-Kommission einzuholen. Der Vermerk der Stadt Halle wurde dem Landesverwaltungsamt vorgelegt. Eine Antwort steht noch aus.

Mittlerweile habe das Landgericht entschieden, dass die außerordentliche Kündigung des Vereins rechtmäßig war. Der Liquidator beauftragt einen Gerichtsvollzieher mit der Räumung.

Die Gegenseite müsste eine Sicherheit von 40.000 Euro bereitstellen, was noch offen sei.

Durch die Stadtwerke wurde ein Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses in Höhe von 70.535 Euro gegen die Betreiber gestellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte weiterhin mit, dass die IB-Bank den Antrag auf Fluthilfe vollständig bekommen habe. Die Entscheidung dazu steht noch aus.

Er habe den Landesrechnungshof gebeten, den ganzen Vorgang begleitend zu prüfen.

Auf die Hochhausscheiben in Halle-Neustadt verweisend, informierte er darüber, dass sich die Scheiben B, C und E im Verkauf bzw. in der Entwicklungsabsicht befinden.

Die Verwaltung bekenne sich zum Erhalt der Hochhausscheiben in Halle-Neustadt. Es werde ein Grundsatzbeschluss für den Stadtrat mit der Bitte um Beratung und Entscheidung angestrebt. Die Einbringung sei für September 2015 vorgesehen.

Es soll ein städtebauliches Gesamtkonzept vorgeschlagen werden.

Falls es notwendig sein wird, soll im Januar 2016 mit den baurechtlichen Satzungen ein Aufstellungsbeschluss vorgelegt und die erforderlichen Fördermittelanträge gestellt werden.

Des Weiteren liege durch die SALEG (Sachsen-Anhaltinische-Landesentwicklungsgesellschaft) die Bereitschaft zum Einstieg in die Diskussion vor. Das Unternehmen könnte die Hochhausscheiben möglicherweise in Wohneinheiten gehobener Qualität umbauen.

Zum Erdgas-Sportpark verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf, dass die Entscheidung und Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes dem Stadtrat bekannt sei. Das Landesverwaltungsamt bestätigte am 10.04.2015 das Ruhen des Verfahrens. Die Mitgeschafter der Stadion Halle Betriebs GmbH haben ihre Bereitschaft zum Ausscheiden aus der Gesellschaft signalisiert. Durch die Verwaltung wurden dazu bereits erste Gespräche mit den Gesellschaftern geführt.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

zu 6.1 **Wahl des Kreisjägermeisters und der Mitglieder des Jagdbeirates der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VI/2015/00665**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über eine Nachfrage aus dem Hauptausschuss zum Naturschutzbeauftragten.

Durch **Herrn Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, wurde dazu mitgeteilt, dass laut dem Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt der Naturschutzbeauftragte der Stadt ein ehrenamtliches Mitglied sein muss.

Der Naturschutzbeirat besteht ebenfalls aus ehrenamtlichen Mitgliedern. Der Vorsitzende des Beirates, Herr Dr. Klotz, ist der Naturschutzbeauftragte der Stadt Halle im Sinne der Regelung des Jagd- und Naturschutzgesetzes.

In Abstimmung zwischen dem Naturschutzbeauftragten der Stadt Halle, Herrn Dr. Klotz, und dem Naturschutzbeirat wurde der vorliegende Vorschlag zur Wahl unterbreitet.

Es lag kein Widerspruch für eine offene Wahl vor und **Herr Lange** bat zuerst um die Wahl des Kreisjägermeisters und danach um die Wahl der Mitglieder des Jagdbeirates.

Abstimmungsergebnis:

Wahl des Kreisjägermeisters

per offener Wahl - einstimmig zugestimmt

Herrn Hubert Seibicke, Veszpremer Straße 20,
06130 Halle (Saale)

Wahl der Mitglieder des Jagdbeirates

per offener Wahl – einstimmig zugestimmt

- als Vertreter der Landwirtschaft **Herrn Gerd Schaaf**, Goldbergstraße 32, 06118 Halle (Saale)

- als Vertreter der Forstwirtschaft **Herrn Jan Frieß**, Kattowitzer Straße 33, 06128 Halle (Saale)

- als Vertreter der Jagdgenossenschaften **Herrn Siegfried Schubert**, Salzmünder Straße 46, 06120 Halle (Saale)

- als Vertreter der Stadtjägerschaft Halle (Saale) **Herrn Michael Jahnke**, Waidmannsweg 13, 06126 Halle (Saale)
- als Vertreter des Naturschutzbeauftragten der Stadt Halle (Saale) **Herrn Jan Sonntag**, Otto-Kanning-Straße 09, 06120 Halle (Saale)

Beschluss:

Der Stadtrat wählt für den Zeitraum der laufenden Wahlperiode den Kreisjägermeister

- Herrn Hubert Seibicke, Veszpremer Straße 20, 06130 Halle (Saale)

sowie die weiteren Mitglieder des Jagdbeirates

- als Vertreter der Landwirtschaft Herrn Gerd Schaaf, Goldbergstraße 32, 06118 Halle (Saale)
- als Vertreter der Forstwirtschaft Herrn Jan Frieß, Kattowitzer Straße 33, 06128 Halle (Saale)
- als Vertreter der Jagdgenossenschaften Herrn Siegfried Schubert, Salzmünder Straße 46, 06120 Halle (Saale)
- als Vertreter der Stadtjägerschaft Halle (Saale) Herrn Michael Jahnke, Waidmannsweg 13, 06126 Halle (Saale)
- als Vertreter des Naturschutzbeauftragten der Stadt Halle (Saale) Herrn Jan Sonntag, Otto-Kanning-Straße 09, 06120 Halle (Saale)

**zu 6.2 Umsetzung Notfallsanitätäergesetz
Vorlage: VI/2015/00664**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Erweiterung des Stellenplans 2015 um vier Stellen, **befristet bis 31.12.2020:**

Amts-/Funktionsbezeichnung	Besoldungsgruppe Entgeltgruppe	Anzahl der Stellen in VZS
Praxisanleiter/in (Hauptbrandmeister)	A9	1,000
Rettungsassistent/in	E6	3,000

2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" in der Fassung vom 08.12.2014 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00492**

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die Partei, wies darauf hin, dass seine Fraktion der Vorlage zwar zustimmen werde, es sei jedoch die Frage der Parkraumbewirtschaftung für das anliegende Charlottenviertel noch offen.

Durch die Verwaltung wurde ein Defizit von 60 Parkplätzen errechnet und die Kompensierung damit begründet, dass dort vorwiegend ältere Menschen wohnen und davon ausgegangen wird, dass die dortigen Bewohner öffentliche Verkehrsmittel benutzen würden.

Diese Aussage könne seine Fraktion nicht nachvollziehen, da man davon ausgehen müsse, dass auch ältere Menschen im motorisierten Individualverkehr unterwegs sind.

Unabhängig vom vorliegenden Bebauungsplan erwarte seine Fraktion entsprechende Konzepte zur Parkraumbewirtschaftung in diesem Gebiet.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, merkte dazu an, dass im Abwägungsprozess das Thema noch einmal von der Verwaltung bearbeitet und Lösungsvorschläge gemacht werden müssen.

Die Kopplung einer Parkraumbewirtschaftung an einen Bebauungsplan sei jedoch nicht möglich.

Im gleichen Zusammenhang wies **Herr Krause, SPD-Fraktion**, darauf hin, dass das Parkhaus im Charlottencenter voll sei, was mit dem momentan gesperrten Parkplatz an der Bahn im Zusammenhang stehe.

Er fragte nach, ob der Parkplatz nach Beendigung der Baumaßnahmen durch die Bahn wieder genutzt werden kann.

Laut Aussage von **Herrn Beigeordneten Stäglin** steht die Fläche nach Beendigung der Baumaßnahmen der Bahn wieder als öffentlicher Parkplatz zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
1 Nein-Stimme

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen mit einer Größe von etwa 0,22 ha.

3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele.
4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

**zu 6.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2014/00493**

**zu 6.6.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2014/00493)
Vorlage: VI/2015/00812**

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion mit der Aussage der HWG (Hallesche Wohnungsgenossenschaft), sich den bislang genutzten Durchgang zwischen der Dorotheenstraße und der Martinstraße nach der Bebauung mit einem Wohnkomplex insbesondere durch eine nächtliche Schließung vorzubehalten. Dementsprechend würden die Wegebeziehungen an der Stelle verloren gehen.

Aus diesem Grund stelle seine Fraktion den Antrag, die bislang genutzten Wegebeziehungen ganztägig begehbar zu belassen.

Durch **Herrn Eigendorf, SPD-Fraktion**, wurde auf die Diskussion im Planungsausschuss verwiesen, wo Herr Dr. Wahlen, Geschäftsführer HWG, deutlich machte, dass es der HWG darum geht, im Fall einer Störung die grundsätzliche Möglichkeit zu haben, den Durchgang zu schließen.

Er halte es für sinnvoll, der HWG und den dortigen Mieterinnen und Mietern die Möglichkeit zu lassen, bei auftretenden Störungen den Durchgang zu schließen.

Herr Häder verwies darauf, dass es bei einer Entwidmung der Straße der HWG überlassen werde, ob der Durchgang offen bleibt oder geschlossen wird.

Seiner Ansicht nach sollte die HWG erst einmal versuchen, den Durchgang offen zu lassen. Bei eventuellen Beeinträchtigungen könnten dann Gespräche mit der Stadt dahingehend geführt werden, Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr zu suchen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**zu 6.6.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2014/00493)
Vorlage: VI/2015/00812**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
30 Ja-Stimmen
22 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ wird wie folgt geändert:

~~Der Durchgang von der Martinstraße zur Dorotheenstraße bleibt durchgängig (24 Stunden) für die Öffentlichkeit geöffnet. Die Fläche bleibt als öffentliche Straße erhalten.~~

Im Bebauungsplan 169 ist sicherzustellen, dass für den Fall der Entwidmung der relevanten Flächen an der Martinstraße die Durchgangsmöglichkeit für den öffentlichen Fußgängerverkehr zwischen Martinstraße und Dorotheenstraße ganztägig (7 T/24 h) gewährleistet ist.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Bebauungsplans in seinen Skizzen und im Begründungstext entsprechend vor der öffentlichen Auslegung anzupassen.

**zu 6.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2014/00493**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss (Änderungen in Text/Form):

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ in der Fassung vom 04.02.2015 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ in der Fassung vom 04.02.2015 sowie die Begründung in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

Durch Zustimmung des Änderungsantrages VI/2015/00812 sind weitere Änderungen in der Begründung vorzunehmen.

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ wird wie folgt geändert:

~~Der Durchgang von der Martinstraße zur Dorotheenstraße bleibt durchgängig (24 Stunden) für die Öffentlichkeit geöffnet. Die Fläche bleibt als öffentliche Straße erhalten.~~

Im Bebauungsplan 169 ist sicherzustellen, dass für den Fall der Entwidmung der relevanten Flächen an der Martinstraße die Durchgangsmöglichkeit für den öffentlichen Fußgängerverkehr zwischen Martinstraße und Dorotheenstraße ganztägig (7 T/24 h) gewährleistet ist.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Bebauungsplans in seinen Skizzen und im Begründungstext entsprechend vor der öffentlichen Auslegung anzupassen.

**zu 6.7 Leitbild Riebeckplatz
Vorlage: VI/2014/00187**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt das von der Verwaltung vorgelegte Leitbild Riebeckplatz als Grundlage für die weitere Entwicklung des Stadtraumes zwischen Hauptbahnhof und Innenstadt. Das vorliegende Leitbild soll die Grundlage für einen zu erstellenden Rahmenplan/Masterplan Riebeckplatz darstellen.

**zu 6.9 Änderung der "Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im
Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung
(AusglS)"
Vorlage: VI/2014/00388**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die erste Änderung der Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusglS).

**zu 6.10 Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss
Vorlage: VI/2014/00485**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte auf das Vorliegen eines gut abgestimmten Konzeptes aufmerksam, welches zur Verbesserung der touristischen Potentiale an der Saale beitragen soll. Mit der geänderten Beschlussvorlage werde den interessierten Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf Einbringen von Ideen und Vorschlägen eingeräumt.

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bat im Namen seiner Fraktion um Einzelabstimmung der drei Beschlusspunkte.

Durch **Herrn Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, wurde darauf hingewiesen, dass eine vorherige Beteiligung von Vereinen bzw. Bürgerinnen und Bürgern nur sporadisch erfolgte. Deshalb werde der dritte Beschlusspunkt außerordentlich unterstützt.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, machte darauf aufmerksam, dass über die bestehenden Strukturen, wie den Saalestammtisch, eine frühzeitige Information und die Möglichkeit der Rückkopplung erfolgte.

Auch in den angebotenen Bürgerforen zum ISEK-Prozess gab es eine Veranstaltung zum Thema „Stadt am Fluss“, so dass für alle die Möglichkeit gegeben war, Themen zu platzieren.

Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Stäglin merkte **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, an, dass nicht alle Anrainer der Saale, die von dem Wassertourismuskonzept tangiert werden könnten, mit den angesprochenen Veranstaltungen abgedeckt werden können.

Er regte an, nicht nur die bestehenden Bürgerforen zu nutzen, sondern auch über andere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung nachzudenken.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkt 1	einstimmig zugestimmt
B.-Punkt 2	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 3	einstimmig zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt das Wassertourismuskonzept als **Grundlage für das weitere Vorgehen zur Entwicklung des Wassertourismus in der Stadt Halle.**
2. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die im Konzept aufgeführten bisher nicht finanziell unteretzten Maßnahmen inhaltlich so zu unterlegen, dass der Stadtrat daraus eine Prioritätenliste entwickeln und beschließen kann.**
3. **Die Stadtverwaltung organisiert in geeigneter Form (Arbeitsgemeinschaft oder Runder Tisch) die Begleitung der Umsetzung und der die Fortentwicklung des Wassertourismuskonzeptes durch Wassersportvereine, Tourismusunternehmen, AnwohnerInnen und den Stadtrat.**

zu 6.11 Freiraum- und Wegekonzept - Grundsatzbeschluss
Vorlage: VI/2014/00486

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss (Änderungen in Text/Form):

Der Stadtrat beschließt das Freiraum- und Wegekonzept als Handlungsgrundlage für die weitere Entwicklung der Saale- und Elsteraue als zentraler Naherholungsraum der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.12 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“
Neustadt 2025
Vorlage: VI/2015/00557**

**zu 6.12.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle
(Saale) zur 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale
Stadt" Neustadt 2025 (Vorlagen-Nr.: VI/2015/00557)
Vorlage: VI/2015/00843**

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, äußerte sich als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses und verwies auf die dort geführte ausführliche Diskussion zu diesem Thema. Er könne dem Antrag mit der Änderung zustimmen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, machte auf den Beschlusspunkt 4 mit der Formulierung „zu realisieren“ aufmerksam, welche seiner Ansicht nach zu weitgehend sei. Damit gäbe es eine Vorfestlegung auf die Prioritätenliste Städtebauförderung. Dies wurde bisher vermieden, da im Zuge des Handlungskonzeptes andere Maßnahmen abgewogen werden müssten.

Im Hinblick auf den Änderungsantrag regte **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, an, insgesamt zu überlegen, ob auch bei anderen Schulen in Neustadt das Konzept des offenen/halboffenen Schulhofes angewandt werden könne, um die dortigen Spielplätze mit einzubeziehen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, erklärte die Streichung der Worte „und zu realisieren“ im Beschlusspunkt 4 des Änderungsantrages seiner Fraktion.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**zu 6.12.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle
(Saale) zur 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale
Stadt" Neustadt 2025 (Vorlagen-Nr.: VI/2015/00557)
Vorlage: VI/2015/00843**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ in Neustadt fortzusetzen.

2. Der Stadtrat beschließt die Erweiterung des Fördergebietes nach Osten. Damit wird das Fördergebiet auf die Flächen westlich der Wilden Saale (zwischen Heideallee/ehemaliger Kompostplatz, Eissporthalle/Festplatz bis hin zum Bereich Sandanger, dieser Bereich wird als westliche, zentrale Saaleaue definiert) sowie die Peißnitzinsel selbst ausgedehnt. (Anlage 1: Übersichtskarte mit Abgrenzung des Fördergebietes).
3. Der Stadtrat beschließt die 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Neustadt 2025 (Anlage 2) in der vorliegenden Fassung als Handlungsrahmen für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ in Neustadt.
4. **Der Stadtrat beschließt folgende Projekte in die Fortschreibung mit aufzunehmen und zu realisieren:**
 - **Erarbeitung eines Konzeptes zur kombinierten, öffentlichen, privaten und halböffentlichen Nutzung von Flächen, Sport- und Spielanlagen zwischen und um die Schule „Sekundarschule Kastanienallee Halle“ und „Christian-Wolff-Gymnasium“ in Halle-Neustadt;**
 - **Neugestaltung des Geländes zwischen und um die Schule „Sekundarschule Kastanienallee Halle“ und „Christian-Wolff-Gymnasium“;**
 - **Ertüchtigung der Sportanlagen vor Ort und Sanierung der Spielflächen vor der Grundschule:**
 - **Hierzu ist dem Stadtrat zunächst ein Gestaltungsentwurf zum Beschluss vorzulegen;**
 - **Die Mehrkosten sind in der Beantragung der Fördermittel darzustellen.**
5. Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen soll in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der zur Finanzierung notwendigen Fördermittel in den einzelnen Programm- und Haushaltjahren erfolgen.

**zu 6.12 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“
Neustadt 2025
Vorlage: VI/2015/00557**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ in Neustadt fortzusetzen.
2. Der Stadtrat beschließt die Erweiterung des Fördergebietes nach Osten. Damit wird das Fördergebiet auf die Flächen westlich der Wilden Saale (zwischen Heideallee/ehemaliger Kompostplatz, Eissporthalle/Festplatz bis hin zum Bereich Sandanger, dieser Bereich wird als westliche, zentrale Saaleaue definiert) sowie die Peißnitzinsel selbst ausgedehnt. (Anlage 1: Übersichtskarte mit Abgrenzung des Fördergebietes).

3. Der Stadtrat beschließt die 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Neustadt 2025 (Anlage 2) in der vorliegenden Fassung als Handlungsrahmen für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ in Neustadt.
4. **Der Stadtrat beschließt folgende Projekte in die Fortschreibung mit aufzunehmen und zu realisieren:**
 - Erarbeitung eines Konzeptes zur kombinierten, öffentlichen, privaten und halböffentlichen Nutzung von Flächen, Sport- und Spielanlagen zwischen und um die Schule „Sekundarschule Kastanienallee Halle“ und „Christian-Wolff-Gymnasium“ in Halle-Neustadt;
 - Neugestaltung des Geländes zwischen und um die Schule „Sekundarschule Kastanienallee Halle“ und „Christian-Wolff-Gymnasium“;
 - Ertüchtigung der Sportanlagen vor Ort und Sanierung der Spielflächen vor der Grundschule;
 - Hierzu ist dem Stadtrat zunächst ein Gestaltungsentwurf zum Beschluss vorzulegen;
 - Die Mehrkosten sind in der Beantragung der Fördermittel darzustellen.
5. Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen soll in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der zur Finanzierung notwendigen Fördermittel in den einzelnen Programm- und Haushaltjahren erfolgen.

**zu 6.13 Bürgerhaushalt Vorschlag B-133 Straßenbeleuchtung
Vorlage: VI/2015/00568**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Bei Neu- und Ersatzanlagen der Straßenbeleuchtung generell die LED-Technik einzusetzen und bei Bestandsanlagen den Einsatz der LED-Technik zu prüfen und
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 6.14 Bürgerhaushalt Vorschlag B-31 Ampelregelung "Grünphase"
Vorlage: VI/2015/00571**

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, wies darauf hin, dass es seiner Ansicht nach sinnvoller wäre, derartige Ansinnen von Bürgern, welche keine finanziellen Auswirkungen hätten, gleich in die jeweiligen Arbeitsbereiche zu geben.

Der vorliegende Bürgerantrag sei im übertragenen Wirkungskreis. Deshalb halte er das Verfahren für fragwürdig.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Bei bestehenden Lichtsignalanlagen sowie bei der Planung von Lichtsignalanlagen die Optimierungspotentiale zu prüfen und
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

zu 6.15 Einziehung der Willi-Bredel-Straße
Vorlage: VI/2015/00577

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung der Willi-Bredel-Straße nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

zu 6.16 Einziehung einer Teilstrecke der Erich-Weinert-Straße und der selbständigen Parkplätze Erich-Weinert-Straße
Vorlage: VI/2015/00591

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung einer Teilstrecke der Erich-Weinert-Straße und der selbständigen Parkplätze Erich-Weinert-Straße nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).

2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.17 Aufgabenübertragung des Abwasserzweckverbands Elster-Kabelsketal auf die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00653**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt der Aufgabenübertragung des Abwasserzweckverbands Elster-Kabelsketal auf die Stadt Halle (Saale) mit Wirkung **zum 1. Juli 2015** zu.
2. Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des als Anlage zu dieser Beschlussvorlage beigefügten Entwurfes einer Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgabe der Abwasserbeseitigung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal zu. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Zweckvereinbarung abzuschließen.
3. Der Stadtrat stimmt der Dritten Änderung des Konzessionsvertrages über die Abwasserbeseitigung zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zu. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den Änderungsvertrag abzuschließen.
4. Der Stadtrat beschließt die Erste Änderung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Halle (Saale) in der Fassung vom 13. Dezember 2006.
5. Der Stadtrat beschließt die Erste Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Kleineinleiterabgabe vom 27. Juni 2012.
6. Der Stadtrat nimmt den Übertragungsvertrag zwischen Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal und der Halleschen Wasser und Abwasser GmbH zur Kenntnis.

**zu 6.18 Aufstellung eines Gedenksteines nahe der ehemaligen Poliklinik Mitte
Vorlage: VI/2015/00569**

**zu 6.18.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Aufstellung eines Gedenksteines nahe der ehemaligen Poliklinik Mitte" (Vorlagen-Nr.: VI/2015/00569
Vorlage: VI/2015/00838**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Kulturausschuss.

Er begründete die Verweisung mit der nach seiner Auffassung geänderten Vorlage, welche noch einmal im Ausschuss zu diskutieren sei.

Durch **Herrn Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, wurde angeregt, bei Zustimmung des Stadtrates zum geänderten Text eine Abstimmung, vorbehaltlich der Zustimmung der Stifter, durchzuführen. Insofern könne auf eine Verweisung des Antrages verzichtet werden.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte dem Vorschlag von Herrn Bönisch zu.

Sie machte jedoch darauf aufmerksam, dass im Beschlusstext das Wort „errichtet“ durch „aufgestellt“ ersetzt werden muss.

Durch **Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wurde die Zustimmung ihrer Fraktion zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI signalisiert.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, verwies auf die ausführliche Diskussion zu diesem Thema im Kulturausschuss. Eine nochmalige Verweisung halte er nicht für notwendig. Er bat um eine zügige Abstimmung des Antrages.

Auf Grund der Diskussion und Zustimmung der Fraktionen zum Änderungsantrag seiner Fraktion zog **Herr Dr. Meerheim** die Verweisung des Antrages in den Kulturausschuss zurück.

Dem Hinweis von Frau Dr. Brock zur Änderung des Wortes „errichtet“ in „aufgestellt“ stimmte seine Fraktion zu.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**zu 6.18.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Aufstellung eines Gedenksteines nahe der ehemaligen Poliklinik Mitte" (Vorlagen-Nr.: VI/2015/00569
Vorlage: VI/2015/00838**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

„Zwischen 1961 und 1982 befand sich in der Kleinen Klausstraße 16 die geschlossene Venerologische Station des Stadtkrankenhauses Poliklinik Mitte. Frauen und Mädchen (ab dem 12. Lebensjahr) wurden unter dem Verdacht einer Geschlechtskrankheit – in vielen Fällen jedoch ohne medizinische Notwendigkeit, zudem ohne Aufklärung und Einwilligung - hier eingewiesen. Sie wurden menschenunwürdig behandelt und sollten zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ umerzogen werden. Sie wurden dadurch folgeschwer verletzt. Zur Erinnerung an dieses Unrecht und zum Gedenken an die betroffenen Frauen und Mädchen wurde dieser Stein **errichtet aufgestellt.**“

**zu 6.18 Aufstellung eines Gedenksteines nahe der ehemaligen Poliklinik Mitte
Vorlage: VI/2015/00569**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines Gedenksteines **einschließlich Schrifttafel** im Zusammenhang mit Vorgängen der Zwangseinweisung von Frauen und Mädchen auf die geschlossene Venerologische Station des Stadtkrankenhauses Poliklinik Mitte.

Der Text für die Schrifttafel lautet wie folgt:

„Zwischen 1961 und 1982 befand sich in der Kleinen Klausstraße 16 die geschlossene Venerologische Station des Stadtkrankenhauses Poliklinik Mitte. Frauen und Mädchen (ab dem 12. Lebensjahr) wurden unter dem Verdacht einer Geschlechtskrankheit – in vielen Fällen jedoch ohne medizinische Notwendigkeit, zudem ohne Aufklärung und Einwilligung - hier eingewiesen. Sie wurden menschenunwürdig behandelt und sollten zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ umerzogen werden. Sie wurden dadurch folgeschwer verletzt. Zur Erinnerung an dieses Unrecht und zum Gedenken an die betroffenen Frauen und Mädchen wurde dieser Stein **errichtet aufgestellt.**“

Anmerkung:

Durch Zustimmung des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI wurde der Text für die Schrifttafel verändert.

**zu 6.19 Sechste Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschlusses zur
Brandschutzgrundsicherung an Schulen (V/2012/10587)
Vorlage: VI/2015/00624**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt für das ~~Südstadt~~ **Gymnasium Südstadt** Baumaßnahmen zur Brandschutzgrundsicherung, IT-Vernetzung und Herstellung technischer Anschlüsse für Lehr- und Unterrichtsmittel für das gesamte Schulhaus.

**zu 6.20 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und
Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom
01.01.2015 bis 31.12.2015
Vorlage: VI/2014/00301**

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, stellte fest, dass es in der Stadt Halle (Saale) eine sehr gute und bundesweit überdurchschnittliche Kinderbetreuung gäbe.

Kritisch sei jedoch die Verfahrensweise des Eigenbetriebes Kita bei Erstanträgen zu hinterfragen, wo mit einer grundsätzlichen Zusage, aber frühestens 2019, geantwortet werde. Er halte das Anmeldesystem für unübersichtlich, auch deshalb, weil viele Eltern ihre Kinder in mehreren Kitas anmelden bzw. vormerken lassen.

Über eine Änderung sollte deshalb nachgedacht werden. **Herr Dr. Wend** schlug eine Kitacard vor. Dabei handelt es sich um einen Gutschein, welcher zur dreimaligen Anmeldung berechtigt. Damit wäre eine schnellere Übersicht über freie Kitaplätze möglich.

Des Weiteren müsse von städtischer Seite darauf geachtet werden, dass Kinder aus Familien, die einer Kinderbetreuung nicht so positiv gegenüberstehen, frühzeitig eine gute Sprachentwicklung bekommen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, äußerte sich positiv darüber, dass auf seine Anfrage in der letzten Stadtratssitzung zur Optimierung der Kita-Anmeldungen von Seiten der Verwaltung reagiert wurde.

Diesbezüglich gab er den Hinweis, dass die in der Anlage 1, Seite 22/23 genannten Platzzahlen in den Einrichtungen zu korrigieren sind.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (Änderungen in Text/Form):

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2015 bis 31.12.2015. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11 a KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2015 sicher. (Anlage 2a und 2b)

zu 6.21 Zustimmung zur Annahme von einer Sachspende
Vorlage: VI/2015/00828

Durch **Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wurde darauf hingewiesen, dass es sich laut dem Beschluss um eine Geldspende handeln würde. Sie fragte nach, weshalb diese als Sachspende bezeichnet wird bzw. um was für eine Spende es sich handelt.

Dazu teilte **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, mit, dass es um Geld vom Förderverein für die Finanzierung einer Reise des Stadtsingechores geht.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, schlug vor, das Wort „*Geldspende*“ durch „*Spende*“ zu ersetzen.

Der Vorschlag von Herrn Lange wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** angenommen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme einer ~~Sachs~~**Spende** in Höhe von

10.000,00 Euro für den Stadtsingechor
PSP 1.26201

zu 7 Wiedervorlage

zu 7.1 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung des „1. Hochwassertages“
Vorlage: VI/2015/00612

zu 7.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung des „1. Hochwassertages“ (VI/2015/00612)
Vorlage: VI/2015/00657

Auf Grund der im Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion vorgenommenen Änderungen zog **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** seinen Änderungsantrag zurück.

Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, verwies darauf, dass im Antrag seiner Fraktion der Name der Veranstaltung in „*Helfer- und Hochwassertag*“ geändert wurde.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

zu 7.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung des „1. Hochwassertages“ (VI/2015/00612)
Vorlage: VI/2015/00657

Abstimmungsergebnis: **zurückgezogen**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadt Halle (Saale) erweitert das Angebot des „Helfertages“ 2015 um das Thema Hochwasserschutz in Anlehnung an das beigefügte Konzept.

**zu 7.1 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Durchführung des „1. Hochwassertages“
Vorlage: VI/2015/00612**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

~~Die Verwaltung wird beauftragt am 6. Juni 2015 den „1. Hochwassertag“ in der Stadt Halle (Saale) auszurichten.~~

~~Als Grundlage für die Ausgestaltung des „1. Hochwassertages“ ist das beigefügte Konzept umzusetzen.~~

~~Die dafür notwendigen städtischen Gelder sollen aus dem Budget des GB-OB (Deckung: Minderaufwendung Budget Marketingprojekte/Breitbandstudie) bis zu einer Höhe von 3500€ entnommen werden.~~

Die Stadt Halle (Saale) erweitert das Angebot des „Helfertages“ 2015 um das Thema Hochwasserschutz in Anlehnung an das beigefügte Konzept.

Die Veranstaltung trägt den Namen „Helfer- und Hochwassertag“ 2015.

**zu 7.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung einer öffentlichen Toilette am Wasserspielplatz in Heide-Süd
Vorlage: VI/2015/00526**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den Antrag ihrer Fraktion mit der dringenden Notwendigkeit einer Toilette an dem aufgeführten Standort. Anliegen ihrer Fraktion war die Prüfung der sinnvollen Umsetzung einer günstigen Variante.

Die Ablehnung der Verwaltung könne sie nicht nachvollziehen. Ihre Fraktion sehe auf jedem Fall die Möglichkeit, für eine finanzierbare Variante eine Toilette am Wasserspielplatz aufzustellen.

Sie bat die Stadträte um Zustimmung des Antrages.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte darüber, dass die Verwaltung Kontakt mit der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN genannten Firma aufgenommen habe.

Es wurde festgestellt, dass die von der Verwaltung eingeschätzten Investitionskosten geringfügig niedriger, als zunächst gedacht, ausfallen würden. Jedoch wurde durch die Firma mitgeteilt, dass die laufenden Kosten deutlich höher als erwartet sein werden.

Im Moment sind die Kosten im Haushalt nicht dargestellt und wegen der höheren Kosten halte die Verwaltung den Modellversuch für nicht hilfreich.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zeigte zwar Verständnis für das Anliegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in der Abwägung habe es aber auch in den Ausschüssen keine Mehrheit zu diesem Antrag gegeben.

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, machte darauf aufmerksam, dass es auch an anderen Spielplätzen in der Stadt das Problem der fehlenden Toiletten gäbe. Die im Antrag vorgeschlagene Komposttoilette halte er nicht für zielführend. Er machte den Vorschlag, sich in den nächsten Haushaltsberatungen mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Durch **Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, wurde vorgeschlagen, eventuell die Firma SALEG zu beauftragen, eine Toilette am Wasserspielplatz dauerhaft zu errichten.

Unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen halte er momentan die Ausführung des Beschlusses für schwierig und werde sich deshalb der Abstimmung enthalten.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stimmte ebenfalls der Notwendigkeit zur Aufstellung einer Toilette am Wasserspielplatz zu. Trotzdem werde seine Fraktion gegen den Antrag stimmen, da die finanziellen Mittel dafür nicht zur Verfügung stehen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass die im Antrag genannte Komposttoilette momentan die einfachste Lösung darstellen würde.

Er verwies in diesem Zusammenhang auf die notwendige Aufstellung von Toiletten an Baustellen. Gleiches sollte auch in der Nähe von Spielplätzen möglich gemacht werden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

16 Ja-Stimmen

29 Nein-Stimmen

8 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in einem Modellversuch im Zeitraum Mai bis August 2015 eine sogenannte Komposttoilette am Standort Wasserspielplatz Grünes Dreieck Heide-Süd als öffentliche Toilette aufzustellen. Über die Erfahrungen des Modellversuchs unterrichtet die Stadtverwaltung den Ordnungs- und Umweltausschuss sowie den Planungsausschuss in den Sitzungen im Oktober 2015.

**zu 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines
Rahmenplans für das Gebiet am Steg
Vorlage: VI/2015/00603**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, machte darauf aufmerksam, dass bei der Feststellung zur Tagesordnung durch Herrn Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, beantragt wurde, den Antrag in den Ausschuss für Stadtentwicklung zu verweisen. Er habe dies mit der Abstimmung im Planungsausschuss begründet.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bat um nähere Erläuterungen zur Verweisung des Antrages.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, berichtete über eine ausführlich geführte Diskussion im Planungsausschuss zu diesem Thema. Man habe sich dort aber einmütig dazu entschlossen, den Antrag noch einmal im Ausschuss für Stadtentwicklung zu diskutieren.

Im Namen seiner Fraktion stellte er den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, knüpfte an die Ausführungen von Herrn Feigl an. In der Diskussion im Planungsausschuss gab es einen Bezug zur Stellungnahme der Verwaltung und der Begründung zur Ablehnung des Antrages zum jetzigen Zeitpunkt. Darin sei ausgeführt, dass eine intensive Auseinandersetzung mit dem Gesamttraum in der Schwerpunktsetzung des Fachbereiches Planen bereits vorhanden sei.

Um eine weitere inhaltliche Diskussion zu führen und Lösungswege für den Antrag zu finden, halte er eine Beratung im Stadtentwicklungsausschuss für hilfreich und sinnvoll.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Stadtentwicklung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Rahmenplanung für eine zukünftige Neubebauung des Gebietes am Steg (begrenzt von Glauchaer Straße, Lange Straße, Steg und Moritzzwinger) zu erarbeiten und im Oktober 2015 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erarbeitung eines regionalen Strategiekonzeptes zur ambulanten Suchthilfe der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2015/00790

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, begründete den Antrag mit der Verantwortung der Stadträte für die Gesamtheit der gesundheitlichen Themen in der Stadt und der Sorge darüber, weil ein schon einmal gefasster Beschluss dazu nicht umgesetzt wurde.

Sie hob hervor, dass die Suchtprävention nicht an Aktualität verloren habe. Mit dem Konzept sollen die Schnittstellen und Bedarfe in den Mittelpunkt gestellt werden.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte deutlich, dass schon seit dem Jahr 2011 über das Thema diskutiert werde.

Im April 2013 wurde von Frau Günther ein Strategiekonzept im Auftrag der Stadt erarbeitet, mit welchem sich jedoch weder der Stadtrat noch die Ausschüsse befasst hätten. Er bat um eine Information dazu, warum es keine Vorlage des Konzeptes gab. Gleichfalls bat er um die Kenntnisaufnahme dessen in den nächsten Wochen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend und Soziales, wies darauf hin, dass der Suchtbericht den Ist-Stand beschreibt und mit allen Fachleuten, die in diesen Bereichen tätig sind, reflektiert wurde.

In Bezug auf das Strategiekonzept führte er aus, dass es dabei zum einen um die Prävention gehe und zum anderen darum, wie man mit richtigen strategischen Überlegungen vorgeht, um gewisse Entwicklungen auf dem Markt der Drogen entgegenzuwirken.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Wolter verwies **Herr Beigeordneter Kogge** auf durchgeführte Organisationsveränderungen in der Verwaltung und darauf, dass der Bereich Gesundheit in sein Dezernat übergegangen sei.

Der Teil, der im Auftrag einer Werksarbeit erledigten Arbeit des Konzeptes, wurde in der Verwaltung analysiert. Dabei habe man sich bewusst für eine Berichterstattung entschieden.

In diesem Zusammenhang verwies er auch auf gesetzliche Veränderungen in Sachsen-Anhalt. Momentan liege der Schwerpunkt der Verwaltung auf der Finanzierung der verschiedenen Beratungsstellen.

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich zu den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge dahingehend, dass ihr bekannt sei, dass die Suchtberatungsstellen bei der Erstellung des Suchtberichtes nicht einbezogen worden sind.

Die von den Stadträten angeforderten Stellungnahmen der Beratungsstellen zum Suchtbericht konnten deshalb auch nicht vorgelegt werden.

Da der Suchtbericht fehlerhaft sei, wurde in Abstimmungsgesprächen der Fraktionen mit den Beratungsstellen ein Kompromiss erarbeitet, welcher im Tagesordnungspunkt 8.2 dargestellt wurde. Fokus liege auf einem Strategiekonzept. Die Stellungnahmen der Suchtberatungsstellen sollen als Anhang dem Suchtbericht angefügt werden.

Abschließend empfahl **Frau Ranft** die Zustimmung zu den Anträgen 8.1 und 8.2.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis Juni 2016 im Stadtrat ein kommunales Strategiekonzept zur Sucht- und Drogenpolitik und Versorgung suchtgefährdeter und suchtkrank Menschen in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen. In das Konzept sind der Saalekreis und Versorgungsströme von und in die benachbarten Landkreise mit einzubeziehen.
2. Die Stellungnahmen der Träger der Suchtberatungsstellen der Stadt Halle (Saale) zum Bericht zur Suchtkrankenhilfe 2014 (VI/2014/00175) sind bei der Erstellung des Strategiekonzeptes zu berücksichtigen.
3. Der Aufbau des Strategiekonzeptes sollte sich an den Inhalten, der in der Anlage formulierten Eckpunkte orientieren.
4. Der Verwaltung wird empfohlen bei der Erarbeitung des Konzeptes den Sachverstand der Träger der Suchtberatungsstellen zu nutzen.

**zu 8.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ergänzung des Berichtes zur Suchtkrankenhilfe... (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00175)
Vorlage: VI/2015/00792**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Bericht zur Suchtkrankenhilfe (VI/2014/00175) um die Stellungnahmen der Träger der Suchtberatungsstellen der Stadt Halle (Saale) zu ergänzen und erneut zur Stadtratssitzung September 2015 vorzulegen.
2. Den Trägern ist bis 15. Mai 2015 Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

**zu 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung der Einführung einer Krankenversichertenkarte für Asylsuchende
Vorlage: VI/2015/00785**

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, führte zur Begründung des Prüfantrages aus, dass mit dem Antrag die entwürdigende Prozedur für Asylsuchende für ärztliche Behandlungen erleichtert werden soll. Dies betreffe ebenfalls die gesundheitliche Betreuung und auch die Einsparungen in der Verwaltung, wenn effektivere Lösungen mit den Krankenkassen, in Abstimmung mit dem Land, gefunden werden.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, unterstützte die Idee des Antrages.

Die Stellungnahme der Verwaltung könne er jedoch nicht nachvollziehen, da dort von einer Unzulässigkeit des Antrages gesprochen werde.

Viele Kommunen könnten schon positive Beispiele diesbezüglich vorweisen. Er berief sich dabei auf die Städte Hamburg und Bremen. Finanzielle Fragen müssten noch geklärt und Krankenkassen für dieses Modell gefunden werden.

Seine Fraktion unterstütze den Antrag und er bat darum, diesen als Prüfantrag anzunehmen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, regte an, mit dem Prüfauftrag den zu erwartenden finanziellen Aufwuchs, der möglicherweise von den Krankenkassen im Verwaltungskostenbereich nicht erstattet wird, zu prüfen und darzulegen, wie durch die Ersparnis im städtischen Verwaltungsaufwand die Kosten kompensiert werden können.

Des Weiteren regte er an, dass unabhängig vom Ausgang der Prüfung, die Stadtverwaltung dahingehend aktiv werde, sich in den kommunalen Spitzenverbänden dafür einzusetzen, dass sich Bund und Land für eine zeitnahe Lösung im Sinne der Asylbewerber und der Kommunen stark macht.

Durch **Herrn Kogge, Beigeordneter für Jugend und Soziales**, wurden die Ausführungen von Herrn Krause begrüßt. Er berichtete, dass die geforderte Kommunikation mit dem Land bereits vollzogen werde und die entsprechenden Vorschläge dargelegt worden sind.

Schwierigkeiten sehe er jedoch in der Zustimmung der Krankenkassen zum System der Krankenversicherungskarten. Die Verantwortung dazu liege beim Land.

Er machte weiterhin deutlich, dass in der Verwaltung ein positiver Effekt dadurch entsteht, dass es abrechnungsmäßig eine Reduzierung gäbe, da die medizinischen Leistungen vorher schon festgelegt und über die Chipkarte zu regeln seien.

Die Kosten für das Gesamtverfahren würden vom Bund getragen und momentan über den Bereich der Asylhilfen abgerechnet.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies darauf hin, dass der Prüfauftrag in Abhängigkeit zum Land steht und allein durch die Verwaltung das Problem nicht gelöst werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte den Vorschlag, die Formulierung im Beschluss wie folgt zu ändern: *„Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich beim Land und bei den kommunalen Spitzenverbänden dafür einzusetzen, . . .“*.

Die Verwaltung sei von dem System positiv überzeugt. Es würde eine wesentliche Vereinfachung des Verfahrens bedeuten und die Umsetzung erleichtern. Auch könnten keine höheren Kosten für die Stadt entstehen, da es in den Absprachen mit den Krankenkassen keine anderen Leistungen gäbe.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, machte darauf aufmerksam, dass die Folgen noch nicht abgeschätzt werden könnten und in der Stellungnahme der Verwaltung auf die Unzulässigkeit des Antrages verwiesen wird.

Da Herr Beigeordneter Kogge erklärte, dass das Thema beim Land schon angesprochen wurde und eine Befürwortung durch Herrn Oberbürgermeister vorläge, könnte der Antrag für erledigt erklärt werden.

Da von der antragstellenden Fraktion der Erledigung nicht zugestimmt wurde, verwies **Herr Bönisch** den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister (oder die Stadtverwaltung?) wird beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Art und Weise die Stadt Halle (Saale) auf vertraglicher Ebene mit einer Krankenkasse die Übernahme der Krankenbehandlung von Leistungsberechtigten nach den §§ 1, 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) durch die Ausgabe von Versichertenkarten gewähren kann.

**zu 8.4 Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Schulbesuch von Geschwisterkindern aus dem Saalekreis
Vorlage: VI/2015/00762**

Herr Senius, SPD-Fraktion, verwies auf die vorliegende ausreichende Begründung des Antrages.

Der von der Verwaltung empfohlenen Annahme des Antrages stimme er zu, da die Auswirkungen gering seien, auch wenn das Thema Gastschülerbeitrag mit dem Saalekreis geregelt und geklärt werden müsse.

Bis zur endgültigen Klärung könne man die minimalen Auswirkungen hinnehmen, insbesondere wenn sich die Stadt als Zentrum in der Region südliches Sachsen-Anhalt versteht.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, stimmte dem Anliegen grundlegend zu, zweifelte aber daran, ob eine Regelung in der vorliegenden Form notwendig sei.

Laut der Stellungnahme der Verwaltung sei das Problem von der Verwaltung aufgenommen worden und zwischenzeitlich geklärt.

Er halte eine Beschlussfassung nicht für förderlich, solange die finanziellen Fragen zum Saalekreis noch offen sind.

Zu klären wäre auch die Frage für hallesche Kinder, wenn diesen der Schulbesuch am Wunschgymnasium nicht ermöglicht werden kann, weil Schüler aus dem Saalekreis die entsprechenden Plätze belegen.

Im Bildungsausschuss wurde diesbezüglich über rechtliche Probleme berichtet. Die Schüler könnten sich mit der Begründung einklagen, dass stadtfremde Kinder die entsprechende Schule besuchen würden.

Seine Fraktion könne dem Antrag momentan nicht zustimmen. Sie würden anregen, den Antrag für erledigt zu erklären. Sollte dies nicht erfolgen, beantrage seine Fraktion die Verweisung des Antrages in den Bildungsausschuss und in den Finanzausschuss, um über die möglichen Folgen und rechtlichen Risiken sprechen zu können.

Da die antragstellenden Fraktionen den Antrag nicht zurückzogen, wurde dieser in die von **Herrn Häder** genannten Ausschüsse verwiesen.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, wies darauf hin, dass seine Fraktion den Antrag abgelehnt hätte.

Er könne nicht nachvollziehen, dass eventuell ein hallesches Kind auf einen Platz in einer benachbarten Schule verzichten sollte, weil ein Kind aus dem Saalekreis den Platz bekommt.

Durch **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es um die Organisation der Familien gehe und den Kindern aus dem Saalekreis, deren Geschwister bereits eine hallesche Schule besuchen, die Möglichkeit einzuräumen sei, ebenfalls die gleiche hallesche Schule besuchen zu können.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
in den

Bildungsausschuss

sowie in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Kindern aus dem Landkreis Saalekreis, deren Geschwister bereits eine hallesche Schule besuchen, die Möglichkeit einzuräumen, ebenfalls die gleiche hallesche Schule besuchen zu können.*
- 2. Bei der Vergabe der Schulplätze an Geschwisterkinder aus dem Saalekreis sind diese Geschwisterkindern aus der Stadt Halle (Saale) gleichzusetzen.*

zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle
Vorlage: VI/2015/00801

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erinnerte daran, dass das Thema in der alten Wahlperiode schon einmal auf der Tagesordnung des Stadtrates stand.

Durch die Regelung einer Kulturförderabgabe mit fünf Prozent käme die Stadt auf ein Einnahmepotential, welches einen Freiraum insbesondere bei kulturellen Leistungen darstellt. Der Stadtrat könne dann selbst darüber entscheiden, zu welchen Zwecken die Einnahmen verwandt werden sollen.

Sie wies weiter darauf hin, dass es laut der Befragungen in den Städten, welche bereits eine Kulturförderabgabe erheben, keine Rückgänge von Touristen- und Übernachtungszahlen gegeben habe.

Sie bat um eine zügige Inangriffnahme des Themas und um Zustimmung des Antrages.

Bezugnehmend auf die ursprüngliche Antragstellung in der letzten Wahlperiode merkte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, an, dass damals der Antrag vom Stadtrat abgelehnt wurde, unter Einbeziehung der tangierten Hotelbetriebe.

Seiner Ansicht nach gäbe es keine neuen Erkenntnisse. Aus diesem Grund und wegen rechtlicher Bedenken verwies er den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Kulturausschuss, den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach sich ebenfalls für eine Verweisung aus, um in den Ausschüssen ausführlich über das Thema und die Ausgestaltung in der Stadt zu diskutieren.

Er regte die Verwaltung an, mit dem Kultusministerium, dem Finanzministerium und dem Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt in Kontakt zu treten.

Aus dem Kulturkonvent 2013 habe es eine Anregung zur Errichtung einer möglichen, gesetzlichen Grundlage für Kulturförderabgaben in mitteldeutschen Städten in Sachsen-Anhalt gegeben. In Vorgesprächen wurde das Anliegen thematisiert, um einen rechtlichen Rahmen zu setzen, damit die Kulturförderabgabe eingeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion
in den
Kulturausschuss
in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
und in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zur Sitzung im September 2015 einen Entwurf für eine Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe als örtliche Steuer für aus privatem Interesse veranlasste entgeltliche Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in der Stadt Halle vorzulegen. Die Kulturförderabgabe beträgt grundsätzlich 5% des vom Gast für die Beherbergung aufzuwendenden Betrages.

zu 8.6 Antrag der Stadträtin Gisela Wagner zu Militärtransporten durch Halle (Saale) und militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle Vorlage: VI/2015/00796

Frau Wagner, Stadträtin, begründete ihren Antrag damit, dass sich der Flughafen Leipzig-Halle immer mehr zu einem militärischen Drehkreuz entwickeln würde, was bei einem Militärschlag zu einer Gefahr auch für die Stadt Halle werden könnte.

Aus diesem Grund regte sie an, diesbezüglich eine Protestnote an die übergeordneten Organe zu schicken.

Da in der Stellungnahme der Verwaltung auf die Nichtzuständigkeit hingewiesen wird, fragte **Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, an, weshalb der Antrag auf die Tagesordnung genommen wurde.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, machte deutlich, dass die Stellungnahme der Verwaltung erst nach Erstellung der Tagesordnung vorgelegen habe. Die endgültige Aufnahme auf die Tagesordnung beschließe der Stadtrat zu Beginn seiner Sitzung, dort könnte ein Antrag auch herunter genommen werden.

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, schloss sich den Ausführungen von Herrn Scholtyssek an. Seiner Ansicht nach könne über diesen Antrag nicht abgestimmt werden, da er unzulässig sei.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat Halle legt bei der Landesregierung Sachsen-Anhalt und der Bundesregierung Protest ein gegen die zunehmenden Militärtransporte durch Halle und der militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle.

zu 8.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Neubesetzungen in beratenden Ausschüssen Vorlage: VI/2015/00835

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat entsendet Frau Dr. Regina Schöps als beschließendes Mitglied in den **Sportausschuss**.
2. Der Stadtrat entsendet Frau Dr. Regina Schöps als beschließendes Mitglied in den **Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**.
3. Der Stadtrat entsendet Frau Dr. Regina Schöps als beschließendes Mitglied in den **Ausschuss für Stadtentwicklung**.

**zu 8.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: VI/2015/00836**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

per offener Wahl
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat wählt die Stadträtin **Frau Dr. Regina Schöps** als stimmberechtigtes Mitglied in den **Jugendhilfeausschuss**.

**zu 8.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Neubesetzung eines sachkundigen Einwohners
Vorlage: VI/2015/00837**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Frau Dr. Regina Schöps legt die Tätigkeit als sachkundige Einwohnerin im Ordnungs- und Umweltausschuss nieder.

Der Stadtrat beruft Burkhard Lothholz als sachkundigen Einwohner in den Ordnungs- und Umweltausschuss.

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zu Selbsterzeugern im Rahmen der Marktsatzung Vorlage: VI/2015/00799

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Rechtsabbiegespur am Riebeckplatz Vorlage: VI/2015/00776

Herr Scholtyssek wies auf die Aussage in der Stellungnahme der Verwaltung hin, dass die zwei neuen Ampeln in der Merseburger Straße stadtauswärts fahrzeitneutral seien. Er bat um nähere Erläuterungen dazu im weiteren Planungsprozess.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte entsprechende Informationen bei der Diskussion des Themas im Ausschuss zu.

zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Unterhaltungsmaßnahmen an städtischen Kindertagesstätten Vorlage: VI/2015/00778

Herr Scholtyssek fragte nach, ob die Verwaltung den aufgelaufenen Investitionsstau entsprechend im Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes Kita berücksichtigen wird.

Durch **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wurde mitgeteilt, dass die Rücklagen in den letzten beiden Haushaltsplänen aufgelöst worden sind. Damit gäbe es jetzt die Situation, wie bei allen anderen Trägern auch, darüber nachzudenken, wie die einzelnen Maßnahmen entsprechend finanziert werden können.

Für den Investitionsstau Kindertagesstätten habe man sich auf die Mitnahme der Fördermittel geeinigt. Sollten diese nicht ausreichend sein, müsste eine Eigenfinanzierung durch LQE-Verhandlungen erfolgen.

zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Eberhard Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, betreffend den B-Plan 32.10 in Heide-Süd Vorlage: VI/2015/00782

Herr Doege machte darauf aufmerksam, dass die Antwort der Verwaltung zur ersten Teilfrage ohne die dazugehörenden Hintergründe nicht verständlich war. Er habe sich die Informationen auf anderem Wege einholen müssen, um die Antwort nachvollziehen zu können.

zu 9.5 **Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens**
Vorlage: VI/2015/00802

Die Antwort der Verwaltung wurde auf Mai 2015 vertagt.

zu 9.6 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu Kosten bei der Erstellung von Bebauungsplänen der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2015/00693

Frau Krimmling-Schoeffler, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, bat im Namen von Herrn Knöchel um eine Darstellung der Kostenstellen für die von der Verwaltung verursachten Kosten bei der Erstellung von Bebauungsplänen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Ergänzung der Unterlagen zu.

zu 9.7 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Erhebung und Einziehung von Straßenausbaubeiträgen**
Vorlage: VI/2015/00766

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.8 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung einer zentralen Impfstelle für AsylbewerberInnen**
Vorlage: VI/2015/00787

Auf Anfrage von **Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, informierte **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend und Soziales**, darüber, dass die Krankenhäuser zu dem Thema bereits angeschrieben worden sind. Die entsprechenden Schreiben werde er im Sozialausschuss zur Kenntnis geben.

zu 9.9 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Wohnraum für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2015/00797

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.10 **Anfrage des Stadtrates Marcel Kieslich, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zur Präsenz der Bundeswehr in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2015/00678

Herr Kieslich fragte nach, ob bei den Recherchen der Stadtverwaltung zu seiner Anfrage auch die Schulen befragt worden sind.

Dazu teilte **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, mit, dass insbesondere bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum nachgefragt wurde, ob eine Beteiligung der Bundeswehr erfolgt.

Ob eine Recherche in den Schulen erfolgte, könne sie nicht beantworten. Dazu seien weitere Nachfragen erforderlich.

zu 9.11 Anfrage des Stadtrates Dr. Karamba Diaby, SPD-Fraktion, zum Reformationjubiläum 2017
Vorlage: VI/2015/00804

Herr Dr. Diaby bedankte sich für die ausführliche Beantwortung seiner Anfragen. Er fragte nach, wie jetzt weiter mit dem Konzept verfahren wird.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, teilte mit, dass sich die Verwaltung über mögliche Fördertöpfe zur Finanzierung des Vorhabens informieren wird. Momentan wurden noch keine Anträge für Fördermittel gestellt.

zu 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Speiseräumen in Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00608

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von Maßnahmen zur Optimierung der Mobilitätskosten der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2015/00703

Durch **Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wurde darauf hingewiesen, dass in der Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage ihrer Fraktion der Zeitplan der Umsetzung und Aussagen zu den Kosten, die 2015 zu erwarten sind, fehlen.

Des Weiteren bat sie um nähere Ausführungen durch die Verwaltung zum Zweiradkonzept und dem Carsharing-Modell im zuständigen Ausschuss.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport sagte eine Erläuterung im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu.

zu 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Baugenehmigung für den Golfplatz am Hufeisensee
Vorlage: VI/2015/00788

Die Antwort der Verwaltung wurde auf Mai 2015 vertagt.

**zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Qualitätsstandards bei der Essensversorgung in kommunalen Schulen
Vorlage: VI/2015/00794**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Erarbeitung einer Grünflächenpflegekonzeption
Vorlage: VI/2015/00795**

Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Stand der Konzepterstellung zur Grünflächenpflege, wie die vorgesehene Ermittlung der Kosten für die Grünflächenpflege erfolgen soll und welche Zielstellung dem Konzept zugrunde liegt.

Seiner Ansicht nach steht bei der Grünflächenpflege die Attraktivität im Vordergrund, was in den Antworten der Verwaltung nicht zum Ausdruck kommt.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwertung von Holz infolge von Baumfällungen
Vorlage: VI/2015/00798**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte an, ob das mit der Anfrage erwartete Zahlenmaterial von der Verwaltung nachgeliefert werde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies darauf, dass in der Antwort deutlich gemacht wurde, dass keine einzelne Erfassung erfolgt und die Verwertung des Holzes in den jeweiligen Angeboten eingepreist ist. Ein Beispiel dafür könne er jedoch zur Erläuterung nachliefern.

**zu 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen der Stadtverwaltung zur Erlaubnispflicht für HundetrainerInnen
Vorlage: VI/2015/00800**

Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für die Stellungnahme der Verwaltung.

Darauf bezugnehmend wies sie darauf hin, dass unter dem Punkt 2 die erste Frage nicht dementsprechend beantwortet wurde. Sie fragte nach, warum so verfahren werde, wie in der Antwort der Verwaltung geschildert und weshalb nicht nach bereits bestehenden Firmen recherchiert wird.

Die Nachfragen wurden von **Herrn Kogge, Beigeordneter für Jugend und Soziales**, dahingehend beantwortet, dass es bezüglich des Punktes 2 im Februar 2015 eine Neuanmeldung gab und deren Betrieb untersagt wurde, weil keine entsprechenden Unterlagen vorgelegt werden konnten.

Bezogen auf den Punkt 3 verwies er auf das Fehlen eines landesweiten Anforderungskataloges. Aus diesem Grund habe man sich mit den Antragstellern auf das momentane Ruhenlassen des Bescheides geeinigt.

Bis zum Vorliegen des Anforderungskataloges und der endgültigen Bescheidausstellung werde die Vorlage aller Kurse und die Nachweisführung praktischer Art geprüft und durch den entsprechenden Tierarzt aus dem Gesundheitsamt in Form praktischer Prüfungen vor Ort vorgenommen.

Der Verwaltung liege keine Meldung einer Betreibung von HundetrainerInnen ohne Gewerbeerlaubnis vor.

**zu 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im Rahmen der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“
Vorlage: VI/2015/00696**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.20 Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Verlagerung der Zuständigkeit für das Jobcenter in den GB IV
Vorlage: VI/2015/00791**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.21 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Sporthalle Burgstraße
Vorlage: VI/2015/00773**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.22 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Straßen mit zeitweiligen Halteverbots zur Straßenreinigung
Vorlage: VI/2015/00774**

Bezug nehmend auf die Antwort der Verwaltung wies **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, darauf hin, dass die Auflistung der Straßenreinigungszeiten deutlich mache, dass sich die maschinelle Straßenreinigung sehr stark auf die Vormittagsstunden konzentriert.

Dadurch würden Kapazitäten dargestellt, dass die maschinelle Reinigung zeitlich auf die Nachmittagsstunden verlagert werden könnte.

zu 9.23 **Anfrage des Stadtrates Denis Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Marketingstrategien im Zusammenhang mit der neuen Jugendherberge**
Vorlage: VI/2015/00779

Die Antwort der Verwaltung wurde auf Mai 2015 vertagt.

zu 9.24 **Anfrage der Stadträtin Yvonne Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Straßenbäumen rund um den Rathenauplatz im öffentlichen Raum**
Vorlage: VI/2015/00793

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10 **Mitteilungen**

zu 10.1 **Jahresrechnung 2013 der Stiftung Händel-Haus**
Vorlage: VI/2015/00742

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 **Investitionen nach dem Hochwasser 2013 - Stand Beantragungen und Bewilligungen gemäß Maßnahmeplan**
Vorlage: VI/2015/00770

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.3 **Schuldenbericht 2012 - 2013**
Vorlage: VI/2015/00748

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.4 **Quartalsbericht I/2015 - Aufbau des FB 24 Immobilien**
Vorlage: VI/2015/00827

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass bereits fünf mündliche Anfragen in schriftlicher Form vorliegen würden. Er bat die Stadträtinnen und Stadträte, diese nochmals vorzulesen.

zu 11.1 mdl. Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Giebichensteinbrücke Vorlage: VI/2015/00831

Herr Peinhardt fragte an, ob es möglich sei, die Straße Kreuzvorwerk, von der Kreuzung Ernst-Grube-Straße bis zur ersten Kurve für die Dauer der Baustelle Giebichensteinbrücke nicht mehr als Einbahnstraße zu führen.

Er begründete dies damit, dass die Anwohner in diesem Teil momentan gezwungen seien, sich in der stark staubelasteten Kreuzvorwerkstraße anzustellen, selbst wenn sie nicht über die Giebichensteinbrücke fahren wollen.

Im Zuge dessen müsste ein Halteverbot ausgesprochen und zur Vermeidung von Unfällen ein Tempo 30-Bereich geschaffen werden.

Des Weiteren fragte **Herr Peinhardt** an, weshalb nicht die Möglichkeit der Aufstellung einer Behelfsbrücke für die Dauer der Bauarbeiten genutzt wurde und warum bei der Sanierung nicht bis 22 Uhr gearbeitet wird.

Bezugnehmend auf die erste Frage informierte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, darüber, dass die vorgeschlagene Variante von der Unteren Verkehrsbehörde geprüft werde. Nach seinem Erkenntnisstand soll ein Prüfergebnis in zwei Wochen vorliegen.

Zur Behelfsbrücke wies er auf die halbseitige Sperrung der Brücke hin. Der Aufbau einer zusätzlichen Behelfsbrücke wäre vom Aufwand her nicht vertretbar, weil eine eingeschränkte Regelung auf der Brücke möglich ist.

In Bezug auf die Arbeitszeiten auf der Baustelle an der Giebichensteinbrücke machte **Herr Beigeordneter Stäglin** auf eine vertraglich vereinbarte abschnittsweise Bebauung und ein Bauende aufmerksam. In welcher Form die Baumaßnahme organisiert wird, obliege weitestgehend dem Auftragnehmer. Eine verlängerte Arbeitszeit bzw. Schichtbetrieb würde zu keiner Verkürzung der Bauzeit führen, weil die Fläche noch als Arbeitsraum für die Gleisarbeiten genutzt werden muss.

zu 11.2 mdl. Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Kletterschiff auf dem Spielplatz Würfelwiese Vorlage: VI/2015/00832

Herr Peinhardt fragte an, wann mit einer Wiedereröffnung des Kletterschiffs auf dem Spielplatz Würfelwiese zu rechnen sei, welche konkreten Schäden vorlägen und was die Beseitigung der Schäden kosten würde.

Laut Aussage von **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, soll das Kletterschiff in dieser Woche den Kindern wieder zur Verfügung stehen.

Bezüglich des Schadens mussten verfaulte Unterzüge, teilweise Schiffsschalungen und Eichenbohlen des Schiffsdecks ausgetauscht werden.

Die Gesamtkosten würden sich auf 8.280 Euro belaufen.

Die Sperrung der Spielfläche, Aufbereitung des Sandes und das Streichen des Holzes mit Antipilzmitteln wurden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Stadtgrün durchgeführt.

zu 11.3 mdl. Anfrage Herr Eigendorf, SPD-Fraktion, zum Volkmann-Denkmal in der Magdeburger Straße

Durch **Herrn Eigendorf** wurde darüber informiert, dass das Denkmal für Richard v. Volkmann in der Magdeburger Straße seit dem Jahr 2013 durch eine Umhausung verdeckt ist.

In diesem Zusammenhang fragte er an, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, die ungeklärte Eigentumsfrage mit der Martin-Luther-Universität zu klären und den Auf- und Abbau sowie die Einlagerung der Umhausung für das Denkmal vorzunehmen, um die Sichtbarkeit zu gewährleisten.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, sagte ein Gespräch mit der Martin-Luther-Universität zur Klärung der Eigentümerpflichten für das Denkmal zu.

Des Weiteren wies sie auf die zurzeit stattfindenden Baumaßnahmen in diesem Bereich hin, so dass die bauliche Hülle als Schutz des Denkmals diene.

zu 11.4 mdl. Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf, SPD-Fraktion, zur Turnhalle am Grasnelkenweg 16

Herr Eigendorf fragte an, warum die Dacharbeiten an der Turnhalle am Grasnelkenweg 16 noch nicht vorgenommen bzw. nicht planmäßig beendet worden sind und wann mit einer Wiederinstandsetzung des Daches der Turnhalle zu rechnen sei.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, teilte dazu mit, dass bereits eine Besichtigung der Turnhalle stattfand. Die Arbeiten seien für den Zeitraum vom 4. bis 15. Mai 2015 geplant.

zu 11.5 mdl. Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zur Spielstätte des Motoballclub Halle e.V.

Herr Lange fragte an:

1. Gibt es Verhandlungen der Stadtverwaltung mit dem Verein Motoballclub Halle e. V. über eine neue Spielstätte?
Wenn ja, welches Ziel verfolgt die Stadtverwaltung?
Welche Ergebnisse gibt es?
2. Gibt es Verhandlungen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern?
Was sind die Ergebnisse?
3. Was würde nach Schätzung der Stadtverwaltung eine neue Spielstätte kosten?
Gibt es Verhandlungen mit dem Verein über die Beantragung etwaiger Fördermittel?

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, bestätigte die Gespräche mit dem Verein sowie mit den Anwohnerinnen und Anwohnern.

Der Verein habe seine Bereitschaft zum Umzug erklärt. Schwierigkeiten gäbe es aber bei der Auswahl einer Ausweichfläche. Die vorgeschlagene Fläche auf dem Gelände der GWG in Neustadt konnte nicht bezogen werden, da die GWG erklärte, das Gelände verkaufen zu wollen.

Auf Grund der Beschwerden der Anwohnerinnen und Anwohner wegen Lärmbelästigungen wurde der Verein erneut auf die Einhaltung der Ruhezeiten hingewiesen.

Durch die Anwohner wurde gegen eine Anordnung Widerspruch beim Fachbereich Umwelt eingelegt. Da dieser Bereich dafür nicht zuständig sei, wurde der Widerspruch an das Landesverwaltungsamt weiter gegeben. Eine Entscheidung liege zurzeit noch nicht vor.

Abschließend teilte **Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** mit, dass die Suche nach einem Ausweichstandort noch nicht abgeschlossen ist und es deshalb keine Erkenntnisse gäbe, wie viel eine neue Spielstätte kosten würde.

Eine Beantragung von Fördermittel wäre aus diesem Grund noch nicht möglich.

zu 11.6 mdl. Anfrage Herr Eigendorf, SPD-Fraktion, zur Akteneinsicht Gimritzer Damm

Herr Eigendorf informierte darüber, dass es am 07.04.2015 eine Akteneinsicht zum Gimritzer Damm gab. Dabei hätten die teilnehmenden Fraktionen um Kopien gebeten, die trotz Zusage noch nicht eingegangen sind.

Er fragte an, wann die Fraktionen die Kopien erhalten werden.

Laut Aussage von **Frau Ernst, Büroleiterin**, werden die Kopien am heutigen Tag an die Fraktionen versandt.

zu 11.7 mdl. Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu den Händelfestspielen

Herr Diaby fragte an, wann mit den Einladungen zu den diesjährigen Händelfestspielen gerechnet werden kann.

Des Weiteren gab er die Anregung, schon im Vorfeld Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in die Einladung mit einzubeziehen.

Frau Ernst, Büroleiterin, bedankte sich für die Anregung. Die Einladungen würden zurzeit vorbereitet und sollen Anfang der kommenden Woche versandt werden.

zu 11.8 mdl. Anfrage Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Spielplatz Drachennest

Herr Dr. Bartsch erinnerte an seine vor einem Jahr gestellte Anfrage zur Wiedereröffnung des Spielplatzes Drachennest in Halle-Neustadt. Damals habe die Verwaltung als Eröffnungstermin Oktober 2014 genannt, was jedoch nicht eingehalten wurde.

Aktuell werde jetzt auf einem Aushang auf dem Spielplatz mitgeteilt, dass im Frühjahr 2015 umfangreiche Reparaturmaßnahmen stattfinden würden. Eine voraussichtliche Wiedereröffnung sei für Mai 2015 geplant.

Herr Dr. Bartsch teilte weiter mit, dass bei einem Vor-Ort-Gespräch die auf dem Spielplatz tätigen Handwerker eine Eröffnung im Mai 2015 ausgeschlossen hätten.

Er fragte nach einem konkreten Termin der Wiedereröffnung des Spielplatzes.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.9 mdl. Anfrage Herr Schied, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Kirchentag 2017

Bezüglich des „Kleinen Kirchentages 2017“ fragte **Herr Schied** an, ob die Stadt beabsichtigt, sich finanziell an der Veranstaltung zu beteiligen.

Durch **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, wurde dazu mitgeteilt, dass eine direkte finanzielle Beteiligung der Stadt nicht vorgesehen sei. Die Stadt werde im Rahmen von unbaren Leistungen, wie Zurverfügungstellung des Hallmarktes und des Marktplatzes sowie eine organisatorische Mitwirkung von Mitarbeitern der Verwaltung, Unterstützung geben.

zu 11.10 mdl. Anfrage Herr Kieslich, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zur Bundeswehr auf dem Laternenfest

Herr Kieslich fragte an, ob ein Konzept für das Laternenfest ein Konzept vorliege und eine Einsichtnahme möglich sei.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, informierte darüber, dass ein Konzept für das Laternenfest erarbeitet wurde.

Sie bot Herrn Kieslich eine Terminabstimmung zur Einsichtnahme in ihrem Geschäftsbereich an.

zu 11.11 mdl. Anfrage Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Lizenzen der Stadt Halle (Saale)

Herr Doege berichtete über die Information eines Anwohners, welche in der Stadtinformation selbstklebende Bilder des Stadtwappens und des Namens der Stadt Halle (Saale) erwerben wollte. In der Stadtinformation hätte man ihm mitgeteilt, dass aus lizenzrechtlichen Gründen diese Dinge nicht mehr angeboten werden.

Er fragte nach, ob diese Information richtig sei und bat um eine Darstellung der Sachlage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.12 mdl. Anfrage Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Förderprogramm STARK III

Herr Cierpinski bezog sich in seiner Anfrage auf das Förderprogramm STARK III und fragte an, wann mit dem nächsten Bericht zu diesem Thema gerechnet werden kann.

Des Weiteren bat er um neue Erkenntnisse der Stadtverwaltung, wie das Förderprogramm ausgestattet ist, welche Auswirkungen es auf das Investitionsprogramm der Stadt bezüglich der Schulen habe und wie gegebenenfalls mit geänderten Rahmenbedingungen umgegangen werde.

Herr Bürgermeister Geier beantwortete die Anfrage dahingehend, dass die Richtlinie beim Land zwar vorläge, aber noch nicht offiziell veröffentlicht und in Kraft gesetzt sei. Aus diesem Grund könne er keine Abschätzung der Auswirkungen auf die von der Stadt beantragten Maßnahmen geben.

Durch Herrn Bürgermeister Geier wurde vorgeschlagen, nach Inkraftsetzung der Richtlinie einen Sachstandsbericht zu geben, um die Auswirkungen entsprechend darstellen zu können.

zu 11.13 mdl. Anfrage Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Belegungsstand des neuen Gymnasiums am Hallmarkt

Bezüglich des neuen Gymnasiums am Hallmarkt fragte **Herr Cierpinski** nach dem aktuell vorliegenden Belegungsstand und der künftigen Ausgestaltung der Schulzügigkeit.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend und Soziales, teilte mit, dass man sich im Rahmen der Schulnetzplanung auf fünf neue Züge in diesem Schuljahr geeinigt habe. Vier davon in einem neuen Gymnasium, einer in einer privaten Einrichtung und zusätzlich einer in der KGS.

In der momentanen Situation würden die Plätze genau ausreichen. Die sich noch nicht entschieden Eltern und die noch freien Kapazitäten seien genau identisch. Es handelt sich um ca. 100 Personen. Dafür könnten ca. 98 bis 100 Plätze angeboten werden. Im Moment würden die Listen Tag genau überarbeitet.

Das neue Gymnasium am Hallmarkt sowie die neue IGS sollen vierzügig werden.

zu 11.14 mdl. Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Halloren- und Salinemuseum

Bezugnehmend auf die im März 2015 im Kulturausschuss vorgelegte Vorlage „Grundsatzentscheidung zur Fortführung des Vertrages zur Betreibung des Technischen Halloren- und Salinemuseums mit dem Verein Hallesches Salinemuseum e. V.“ informierte **Frau Dr. Bergner** über die dortige Vertagung, weil die Vorlage zu kurzfristig auf die Tagesordnung gekommen war.

Im April habe die Vorlage zwar auf der abgestimmten Tagesordnung gestanden, sei jedoch nicht im Session hinterlegt gewesen.

Da die Vorlage auch im Monat Mai auf der Tagesordnung des Kulturausschusses steht, fragte **Frau Dr. Bergner** nach der weiteren Verfahrensweise und welche Folgen es für den Verein hätte, da im März die Option zur Verlängerung gezogen werden sollte.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, verwies auf die Zielstellung der Verwaltung, den Vertrag zu verlängern.

Gleichzeitig teilte sie mit, dass festgelegt und vom Fachbereich Recht geprüft wurde, die Vertragsverlängerung ohne Stadtratsbeschluss zu vollziehen. Im September 2015 soll der Vertragsentwurf in die Gremien gegeben werden.

Mit dem Salinemuseum e. V. habe es schon Gespräche diesbezüglich gegeben. Die Vertragsverhandlungen würden umgehend beginnen.

zu 11.15 mdl. Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Gewerbeflächen für die Mifa Bike AG

Herr Peinhardt fragte an, ob es Kontakt der Mifa Bike AG in Bezug auf neue Gewerbeflächen gab.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bestätigte eine Kontaktaufnahme der Mifa Bike AG zu Gewerbeflächen in Halle.

zu 11.16 mdl. Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Verkehrskonzept

Herr Peinhardt fragte nach, weshalb die Umsetzung des Verkehrskonzeptes noch nicht erfolgte und wann mit der Umsetzung zu rechnen sei.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass die straßenbehördliche Anordnung in Kürze ergehen soll und die Umsetzung in Vorbereitung sei. Im Mai 2015 soll diese dann vollzogen werden.

zu 11.17 mdl. Anfrage Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Eisdom

Herr Bernstiel berichtete, dass der Eisdom mit Fluthilfemittel ausgebaut werden sollte. Er bat um einen aktuellen Sachstand dazu.

Durch **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, wurde darauf hingewiesen, dass die Verwaltung noch dabei sei, die Fragen der Investitionsbank zur ersten Teilbewilligung zu beantworten. Eine Zeitvorgabe zu weiteren baulichen Maßnahmen könne sie nicht vornehmen.

zu 11.18 mdl. Anfrage Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Sachstand Handy-Parken

Herr Bernstiel bat um Informationen zum Sachstand Handy-Parken.

Laut der Aussage von **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, gäbe es keinen neuen Sachstand. Die Verwaltung habe mit einem potentiellen Anbieter Gespräche geführt, welcher noch Material zu Verfügung stellen wollte. Dies sei bisher nicht erfolgt.

Die Verwaltung werde noch einmal Gespräche diesbezüglich aufnehmen.

zu 11.19 mdl. Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Brunnengalerie und zum Planetarium

Herr Wehrich fragte an, welche Maßnahmen an der Brunnengalerie durchgeführt werden sollen und wie genau der Zeitplan dazu aussieht.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte darüber, dass die Brunnengalerie als Projekt im Bereich der Fluthilfe als Maßnahme bewilligt wurde und sich in der weiteren Planung befinde. Der Zeitraum ergäbe sich aus dem Bewilligungsbescheid.

Er sagte eine separate schriftliche Beantwortung zu.

Herr Wehrich fragte nach dem aktuellen Stand der Beantragung der Fluthilfemittel für das Planetarium. Weiterhin bat er um Informationen zum weiteren Verfahren mit den einzelnen Maßnahmen

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, teilte mit, dass die Verwaltung eine erste Teilbewilligung in Höhe von 140.000 Euro, zweckgebunden für den Abriss, bekommen habe. Dafür sei keine Bestätigung durch den Stadtrat notwendig.

Weitere Teilbewilligungen für die nächsten Bauabschnitte werden erwartet und diese im Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

zu 11.20 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu den Hochhausscheiben in Halle-Neustadt

Bezugnehmend auf die Aussage des Oberbürgermeisters in seiner Berichterstattung zu den Hochhausscheiben in Halle-Neustadt in Verbindung mit der SALEG fragte **Herr Scholtyssek** an, ob es weitere Informationen dazu gäbe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die SALEG als Interessent und Gesprächspartner in Bezug auf die Hochhausscheiben. Nähere Einzelheiten könne er noch nicht nennen.

zu 11.21 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Protonentherapiezentrum

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf die im März im Finanzausschuss von Herrn Aldag gestellte Anfrage zum Protonentherapiezentrum.

Auf seine damalige Frage, ob der Ankauf durch den Investor schon kassenmäßig bei der Stadt eingetroffen sei, wurde eine Nachlieferung der Antwort durch die Verwaltung zugesichert. Da bis jetzt keine Antwort vorliegt, fragte **Herr Dr. Meerheim** nach dem Verfahrensstand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu

zu 11.22 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum IV. Bauabschnitt der Osttangente

zu 11.23 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zur Schulnetzplanung

Bezüglich der Schulnetzplanung fragte **Herr Dr. Meerheim** nach dem Sachstand der Antragstellung zum Bau einer Turnhalle am Steg. Er verwies dabei auf die Dringlichkeit bis zum nächsten Schuljahresbeginn.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, informierte, dass das Thema mit dem Antrag für den Eisdome im Zusammenhang steht. Die Turnhallen am Gimritzer Damm sollen durch den Neubau einer Turnhalle am Steg ersetzt werden.

Der Antrag wurde Ende letzten Jahres gestellt. Die Nachfragen der Investitionsbank würden von der Verwaltung, gemeinsam mit den Gutachtern, bearbeitet.

Da bis heute noch kein Bescheid vorliegt, fragte **Herr Dr. Meerheim** nach, wie ab September der Sportunterricht abgesichert werde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend und Soziales, teilte mit, dass es im Moment ein Delta von sechs bis sieben Monaten gäbe, in dem versucht werde, den Sportunterricht mit Alternativhallen abzudecken. Dazu sollen entsprechende Lösungen mit anderen Nutzern gefunden werden.

Sollten größere Probleme auftreten, müsse man über entsprechende Lösungen nachdenken.

In Bezug auf die Erweiterungsbaue im Gymnasialbereich und die dafür eingeplanten Mittel fragte **Herr Dr. Meerheim** an, wann die Erweiterungen vorgenommen werden.

Dazu wurde durch **Herrn Beigeordneten Kogge** darauf verwiesen, dass die Essensräume für den TMG-Bereich plus die entsprechende Zahl von zwei oder drei Klassenräumen, momentan geplant und die Zeitschienen in der Schulnetzplanung enthalten sind.

Im Haushaltsplan wurde die Gegenfinanzierung durch Immobiliengeschäfte verankert. Sollten diese nicht zum Tragen kommen, würde es Schwierigkeiten geben. Im Moment werde versucht, die Fristen einzuhalten.

Des Weiteren informierte er darüber, dass die Verwaltung jeden Freitag in Abstimmungsgesprächen jedes Einzelproblem diskutiert und diese entsprechend nachgehalten werden.

zu 12 Anregungen

zu 12.1 Anregung Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Einrichtung eines dauerhaften Parkverbotes am August-Bebel-Platz

Auf Grund der permanenten Missachtung des Parkverbotes im Bereich August-Bebel-Straße zwischen Weidenplan und Kapellengasse regte **Herr Bönisch** an, dort Halteverbot einzuführen.

zu 12.2 Anregung Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu einer gemeinsamen Hauptausschusssitzung mit dem Saalekreis

Herr Bönisch regte an, eine gemeinsame Sitzung mit dem Saalekreis durchzuführen. Eine Abstimmung mit der CDU im Kreistag sei bereits erfolgt. Er bat Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand um die Organisation einer solchen Sitzung noch vor der Sommerpause.

zu 12.3 Anregung Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Speedskateanlage in der Auenschule

Herr Bernstiel informierte darüber, dass die Speedskateranlage in der Auenschule aufgebessert wurde. Er habe die Aussage erhalten, dass das Ergebnis nicht zufriedenstellend sei. Aus diesem Grund regte er an, eine Prüfung vornehmen zu lassen.

zu 12.4 Anregung Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu einer Kooperation mit der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle

Herr Dr. Diaby verwies auf die Antwort der Verwaltung zu seiner Anfrage in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität. Dort sei eine gute Netzwerkarbeit zwischen der Stadt und der Uni deutlich geworden.

Er regte an, in Anlehnung an den Kooperationsvertrag mit der Universität, mit der Kunsthochschule Burg Giebichenstein ins Gespräch zu kommen.

Frau Dr. Marquard, Beigeordnete für Kultur und Sport, bedankte sich für die Anregung, welche sie aufnehmen werde.

In diesem Jahr werde auch 100 Jahre Burg unter dem Thema „Burg findet statt“, mit Beteiligung der Kultureinrichtungen der Stadt, gefeiert.

zu 12.5 Anregung Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Veröffentlichung der Berichte des Oberbürgermeisters

Herr Peinhardt regte an, den Bericht des Oberbürgermeisters in den Stadtratssitzungen wieder im Session zu veröffentlichen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagt die Veröffentlichung zu.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über die vorliegenden Anträge auf Akteneinsicht.

**zu 13.1 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
Abriss des Planetariums auf der Peißnitz**

**zu 13.2 Antrag auf Akteneinsicht der SPD-Stadtratsfraktion zu Korrespondenzen
zur Definition von Schutzziele am Gimritzer Damm**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates vom 29.04.2015.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin